

Links und rechts im Kontext Die Einschätzung von Parteipositionen in Zeiten des Wandels

Heiko Giebler und Thomas M. Meyer

Summary: Even though the terms „left“ and „right“ are omnipresent in political communication, their meaning can vary widely, depending on the context. Our findings on public perceptions of German parties since the 2013 Bundestag election show that especially the perception of the AfD has changed dramatically. Since the debate about refugees has started, citizens evaluate the party increasingly based on socio-cultural issues – and as more and more right-wing. We find an opposite trend for the CDU that might provide an explanation for its electoral results in recent regional elections.

Kurz gefasst: Obwohl die Begriffe „links“ und „rechts“ in der politischen Kommunikation allgegenwärtig sind, kann ihre Bedeutung je nach Kontext stark variieren. Unsere Ergebnisse zu den Bevölkerungswahrnehmungen der deutschen Parteien seit der Bundestagswahl 2013 zeigen, dass sich vor allem die Wahrnehmung der AfD signifikant gewandelt hat: Die Partei wird im Zuge der Flüchtlingsdebatte zunehmend auf ihren gesellschaftspolitischen Positionen evaluiert und zunehmend als rechts wahrgenommen. Für die CDU ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten – was vielleicht eine Teilerklärung für aktuelle Landeswahlergebnisse darstellt.

Ursprünglich aus der Sitzordnung der französischen Nationalversammlung abgeleitet (siehe auch den Beitrag von Dieter Rucht, S. 15), ist die Unterscheidung zwischen links und rechts bis heute im politischen wie auch öffentlichen Diskurs omnipräsent. So ist die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der Lage, sich selbst, Parteien oder einzelne Kandidatinnen und Kandidaten auf einer Links-Rechts-Achse zu verorten. Eine solche Platzierung hat vor allem eine vereinfachende Funktion, da sie politische Konflikte auf eine einzige, aber wesentliche Dimension herunterbricht. Wählerinnen und Wähler treffen ihre Entscheidung auch auf Grundlage ihrer Nähe zu einer Partei auf dieser Dimension. Im populärwissenschaftlichen Diskurs und an den Stammtischen der Republik hingegen beklagen Apologeten einer „Krise der Demokratie“ oftmals eine vermeintlich verschwundene Unterscheidbarkeit von politischen Akteuren auf eben jener Dimension.

Gleichzeitig bleibt die inhaltliche Bedeutung von links und rechts oft vage. Im westeuropäischen Kontext liegen der Unterscheidung in der Regel wirtschaftspolitische Fragen zugrunde. So wird beispielsweise debattiert, in welchem Ausmaß der Staat Märkte regeln und steuern soll oder welche sozialstaatlichen Maßnahmen von der Gesellschaft getragen werden sollen. Allerdings können auch andere Aspekte für die Einschätzung relevant sein und entsprechend einen Einfluss auf die Links-Rechts-Wahrnehmung haben. Besonders deutlich wird dies bei rechtspopulistischen Parteien, deren Einordnung als rechte Parteien primär auf gesellschaftspolitische Fragen zurückgeht. Die Parteien gelten demnach als rechts, weil sie eine restriktivere Einwanderungspolitik fordern, eine strenge Umsetzung von Recht und Gesetz betonen und ein konservativeres Familienbild propagieren.

Die Bedeutung dessen, was als links und rechts gilt, kann sich zudem im Zeitverlauf wandeln. So verändern langfristig Faktoren wie die Globalisierung oder ein fortschreitender Wertewandel die Prioritäten und Einstellungen der Bevölkerung und damit auch den politischen Wettbewerb sowie die Wahrnehmung von Politik. Kurzfristig können Ereignisse wie die Wirtschafts- und Finanzkrise oder die sogenannte Flüchtlingskrise den Wettbewerb und die Wahrnehmung linker und rechter Politik verändern. Damit ist gemeint, dass es zu einer Re-Evaluierung der Bedeutung von links und rechts kommt. Zusätzlich scheint es aber plausibel, dass die Bedeutung auch über Akteure hinweg nicht konstant ist. So gelten zum Beispiel ökologische Parteien wie auch Sozialdemokraten als eher links; allerdings dürften bei grünen Parteien gesellschaftspolitische Themen, bei sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien eher wirtschaftspolitische Positionen entscheidend für diese Wahrnehmung sein. Eine solche Annahme wird durch einen Blick auf die Kernwählerschaft dieser beiden Parteifamilien untermauert.

Es ist somit denkbar, dass im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise wirtschaftspolitische Fragen in den Hintergrund gerückt sind und Parteien eher auf Basis gesellschaftspolitischer Fragen als links oder rechts verortet werden. Zudem ist zu erwarten, dass gesamtgesellschaftliche Veränderungen wie das hohe Flüchtlingsaufkommen sich nicht gleichförmig auf alle Parteien auswirken. Führt man sich die öffentliche Debatte und die Wahlergebnisse der letzten zwei bis drei Jahre vor Augen, so sind es vor allem die AfD, die CDU und die CSU, die

eine zentrale Rolle im Flüchtlingsdiskurs einnehmen. Obwohl die SPD den Kurs der Kanzlerin bezüglich der Flüchtlingsfrage maßgeblich unterstützt, richtet sich die Kritik der AfD und der CSU nicht so sehr gegen die Sozialdemokraten, sondern gegen die CDU unter Angela Merkel. Potenzielle Veränderungen des Gewichts der beiden Subdimensionen für die Links-Rechts-Einschätzung einer Partei wären somit vor allem bei der CDU, CSU und der AfD zu erwarten. Trifft dies auch empirisch zu?

Um diese Frage zu beantworten, haben wir Daten der deutschen Wahlstudie GLES entnommen, der German Longitudinal Election Study, die unter anderem am WZB durchgeführt wird. Die insgesamt 3.895 befragten Bürgerinnen und Bürger aus vier Umfragen zwischen Ende 2013 und Mitte 2016 wurden gebeten, die Parteien auf einer Links-Rechts-Achse sowie in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen auf 11er Skalen zu verorten. In unserem Schätzmodell gehen wir davon aus, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Verortung der Parteien zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen dazu nutzen, um eine Einschätzung für die Links-Rechts-Position der Parteien abzuleiten. Wir erfassen den jeweiligen Einfluss empirisch mit einem Schätzparameter, der zwischen 0 und 1 variiert. Höhere Werte entsprechen dabei einem größeren Gewicht für wirtschaftspolitische Fragen. Anders ausgedrückt: Dieser Wert entspricht dem relativen Gewicht, das die Dimensionen auf die Einschätzung der Links-Rechts-Positionen der Parteien ausüben. Ein Wert von 0,5 etwa bedeutet, dass beide Dimensionen bei der Verortung einer Partei dieselbe Relevanz besitzen.

Unsere Untersuchungen zeigen, dass die Einschätzungen über die Parteien hinweg grundsätzlich stark variieren. So spielen wirtschaftspolitische Positionen für Die Linke eine größere Rolle als für die anderen Parteien. Gesellschaftspolitische Positionen haben hingegen eine größere Bedeutung für die Links-Rechts-Position der CSU – vor allem aber für die AfD. Welche Veränderungen lassen sich aber seit der Bundestagswahl 2013 konstatieren? Für viele Parteien sind die beiden Dimensionen für die Wahrnehmung der Position relativ stabil. Das gilt insbesondere auch für die CSU: Die Wahrnehmung der Links-Rechts-Position war auch schon 2013 eher gesellschaftspolitisch geprägt und bleibt unbeeinflusst von der lauter werdenden bayrischen Kritik an der Politik der Bundeskanzlerin.

Vor allem bei zwei Parteien zeigt sich aber ein deutlicher Trend. In dem Ausmaß, in dem die Relevanz gesellschaftspolitischer Themen bei der AfD zunimmt, sinkt deren Relevanz für die Einschätzung der CDU. Für die CDU haben demnach wirtschaftspolitische Positionen relativ zu gesellschaftspolitischen Positionen für die Links-Rechts-Einschätzung der CDU an Bedeutung gewonnen. Vielleicht verbirgt sich hier auch einer der Gründe für die schlechten Landtagswahlergebnisse der CDU in den letzten Monaten und den Erfolg der AfD, die immer weiter in das eigentliche Wählerpotential rechts der Mitte vordringt und damit mehr Unruhe in der Union verursacht als jemals zuvor in Angela Merkels Regierungszeit.

Den mit Abstand stärksten Trend weist die AfD auf. Demnach hat sich die Wahrnehmung der AfD im Laufe der sogenannten Flüchtlingskrise deutlich hin zu gesellschaftspolitischen Themen geändert. Dieses Ergebnis lässt sich gut mit den Entwicklungen der Popularitätswerte einzelner Parteien und der Tatsache in Verbindung bringen, dass die AfD die autoritären gesellschaftspolitischen Präferenzen substanzieller Bevölkerungsanteile besser als alle anderen Parteien vertritt. Während die Partei zum Zeitpunkt kurz nach ihrer Gründung noch eher nach ihren wirtschaftspolitischen Positionen eingeordnet wurde, zeigt sich spätestens seit 2015 die wachsende Bedeutung gesellschaftspolitischer Fragen für die Einschätzung der AfD auf der Links-Rechts-Skala.

Dieser Verlauf deckt sich gut mit parteiinternen Entwicklungen: Nachdem Bernd Lucke als Folge des verlorenen Machtkampfs mit der jetzigen AfD-Spitze die Partei verließ, konnte eine programmatische Zuspitzung beziehungsweise Neu-Priorisierung stattfinden. Gleichzeitig verlor die europäische Schuldenkrise an Brisanz, zumindest in der Mediendebatte. So kann auch erklärt werden, warum sich die durchschnittlich wahrgenommene Links-Rechts-Position der



Heiko Giebler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung des WZB und Teil der German Longitudinal Election Study (GLES). Er publiziert zu Themen der Wahl- und Einstellungsforschung, Parteien und Wahlkämpfen sowie den Effekten von Medien in der Demokratie.

(Foto: David Ausserhofer)

heiko.giebler@wzb.eu



Thomas M. Meyer ist Assistenzprofessor am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Im Sommer 2016 war er Gastwissenschaftler der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB. Seine Forschung beschäftigt sich unter anderem mit politischen Parteien und Parteienwettbewerb, Regierungen und Koalitionen sowie mit Wahlen und Wählerverhalten. [Foto: privat]

thomas.meyer@univie.ac.at

AfD im Zeitverlauf von moderat rechts zu extrem rechts verschoben hat. Während die Bürgerinnen und Bürger die AfD 2013 noch als Mitte-Rechts-Partei (Durchschnittswert von 7,0) nahe der CDU (6,9) und der CSU (7,6) wahrgenommen haben, ist die Einordnung im Zeitverlauf extremer geworden. Im Jahr 2016 beträgt der Mittelwert für die AfD 9,6, während die Mittelwerte aller anderen Parteien nahezu konstant geblieben sind. Zwar verändert sich also nur eine Partei über die Zeit, diese aber drastisch, und mit der AfD handelt es sich um eben jene Partei, die momentan das politische Geschehen und den öffentlichen Diskurs weit über ihr Stimmanteilsgewicht hinaus bestimmt und die eben auch als einzige vermehrt über gesellschaftspolitische Themen auf der Links-Rechts-Achse wahrgenommen wird.

Aus den Ergebnissen lassen sich verschiedene Schlüsse ziehen. Erstens unterscheidet sich die Bedeutung von links und rechts über Parteien hinweg; das heißt: Auf welcher Grundlage eine Partei als links oder rechts wahrgenommen wird, kann zwischen Parteien variieren. Zweitens kann sich die Bedeutung von (beziehungsweise die Konnotation mit) links und rechts auch über relativ kurze Zeiträume ändern – und auch das Ausmaß dieser Veränderung kann zwischen Parteien variieren. Bestes Beispiel hierfür ist die Entwicklung der AfD, aber auch der entgegengesetzte Trend bei der CDU. Drittens lässt sich festhalten, dass die Bürgerinnen und Bürger eine gute Wahrnehmung der innerparteilichen Entwicklung der noch jungen AfD gezeigt haben. Der Kurswechsel von einer euroskeptischen, wirtschaftspolitisch liberalen „Professorenpartei“ hin zu einer offen rechtspopulistischen Partei spiegelt sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung wider. Entgegen eher skeptischen Studien, die der Bevölkerung diese Fähigkeit und ein entsprechendes Interesse absprechen, zeigen unsere Ergebnisse, dass die Bevölkerung *en gros* auch außerhalb von Wahlkampfperioden Parteipolitik verfolgt und einzuordnen versteht.

Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich insbesondere der Trend bei der AfD und der CDU bis zur Bundestagswahl entwickelt und ob auch Veränderungen bei anderen Parteien zu beobachten sein werden, – wenn das Migrationsthema, aber auch die Innere Sicherheit weiterhin im Fokus bleiben. Da sich verändernde Wahrnehmungen der zentralen Wettbewerbsdimension Links-Rechts auch in Veränderungen des Wahlverhaltens niederschlagen können, bietet sich auch auf bei der nächsten Bundestagswahl durchaus Potenzial für eine, zumindest kurzfristige, Erschütterung der etablierten Machtverhältnisse.

Literatur

Dalton, Russell J.: *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. 6. Auflage. Washington: CQ Press 2013.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschiefer, Simon Frey, Timotheos: *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press 2008.

Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko: „Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2016, Jg. 57, H. 2, S. 247–275.

Mair, Peter: „Left-Right Orientations“. In: Russell J. Dalton/Hans-Dieter Klingemann (Eds.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press 2007, pp. 206–222.

Wagner, Markus/Meyer Thomas M.: „The Radical Right as Niche Parties? The Ideological Landscape of Party Systems in Western Europe, 1980–2014“. In: *Political Studies*, June 22, 2016, pp. 1–24. DOI:10.1177/0032321716639065.